Reglement

für das Rekursgericht der Stiftung ZEWO

gestützt auf Art. 13 ff. der Stiftungsstatuten (StS) vom 20. Juni 2001. (*) **)

I. Zuständigkeit des Rekursgerichtes

Art. 1 Anfechtbare Entscheide

Das Rekursgericht kann angerufen werden

a) gegen jeden Entscheid des Stiftungsrates, der einer gesuchstellenden Organisation nach durchgeführt em Zertifizierungsverfahren das Gütesiegel nicht gewährt (Art. 9 Abs. 3 Ziff. 6 und Art. 14 Abs. 1 StS).

b) gegen jeden Entscheid des Stiftungsrates, der einer Gütesiegel tragen den Organisation das Gütesiegel nicht erneuert oder entzieht (Art. 9 Abs. 3 Ziff. 6 und Art. 14 Abs. 1 StS).


Art. 2 Endgültigkeit der Entscheide des Rekursgerichtes


Das Rekursgericht kann jedoch vor dem Fällen eines endgültigen Rekurs entscheides die Sache zu neuer Beurteilung an die Organe der Stiftung zurückgeben (Art. 14 Abs. 1 StS). In diesem Falle entscheidet das Rekursgericht erst nach neuerlicher Anrufung endgültig.


(**) Anmerkung: nachfolgend bezeichnet "Gütesiegel" das in der bisherigen ZEWO als "Schutzmarke" bezeichnete Label.
II. Organisation des Rekursgerichtes

Art. 3 Wahl und Zusammensetzung

Das Rekursgericht besteht aus fünf Mitgliedern, einschliesslich zweier Ersatzmitglieder. Es konstituiert sich selbst (Art. 13 StSt).


Bei Ablauf der Amtsduer der Mitglieder des Rekursgerichtes oder bei Eintreten einer Vakanz während laufender Amtsduer ist der Stiftungsrat Wahlbehörde (Art. 9 Abs. 3 Ziff. 2 und Art. 13 Abs. 1 StSt).

Art. 4 Konstituierung

Das Rekursgericht wählt aus seinen ordentlichen Mitgliedern den Präsidenten.

Es kann weitere Funktionen bezeichnen und seine Mitglieder in solche Funktionen wählen.

Art. 5 Sekretariat

Das Rekursgericht bestellt ein von der Geschäftsstelle der ZEWO unabhängiges Sekretariat.

Das Sekretariat stellt die Administration des Rekursgerichtes sicher und sorgt für die Endausfertigung der Rekursentscheide und deren Zustellung an die Parteien.

Art. 6 Geschäftsstelle der Stiftung ZEWO

Die Geschäftsstelle archiviert die Akten der Rekursfälle, nachdem die Verfahren abgeschlossen sind.

Art. 7 Entscheidfindung

Der Präsident bezeichnet für jeden Rekurs den Referenten und die mitwirkenden Richter. Der Präsident wirkt grundsätzlich an allen Entscheiden mit, er kann auch selbst als Referent amten.

Das Rekursgericht entscheidet im Normalfall in Dreierbesetzung. Über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung oder auf Anordnung des Präsidenten entscheidet das Gericht in der Besetzung mit fünf Richtern. Alle Entscheide werden mit dem absoluten Mehr der Stimmen getroffen.


Art. 8 Ausstand

Der Ausstand der Richter richtet sich nach Art. 15 StSt.
III. Verfahren

A. Verfahrensleitung

Art. 9 Der Präsident des Rekursgerichtes leitet das Verfahren nach Massgabe der nachstehenden Artikel.

B. Erster Schriftenwechsel

Art. 10 Zustellung der Entscheide des Stiftungsrates bzw. der Geschäftsstelle

Rekursfähige Entscheide werden der betroffenen Organisation durch die Geschäftsstelle der ZEWO mit schriftlicher Begründung eingeschrieben zugestellt.

Die betroffene Organisation ist gleichzeitig auf die Rekursmöglichkeit hinzuweisen ("Rechtsmittelbelehrung"), mit Angabe der Zustelladresse des Rekursgerichtes und unter Beilage eines Einzahlungsscheines für den zu leistenden Kostenvorschuss.

Art. 11 Rekurserhebung

Will die betroffene Organisation das Rekursgericht anrufen, hat sie innert dreissig Tagen nach Erhalt des Entscheides ihre Rekurschrift an das Rekursgericht einzureichen.

Innert derselben Frist hat die Rekurrentin an die Rekurskosten einen Vorschuss von CHF 5'000.-- zu leisten.

Das Rekursgericht tritt auf den Rekurs nur ein, wenn die Rekurschrift rechtzeitig eingegangen und der Vorschuss rechtzeitig geleistet worden ist.

Art. 12 Rekurschrift

Die Rekurschrift ist dreifach einzureichen. Sie hat einen Antrag und eine Begründung zu enthalten; darin ist darzulegen, inwiefern der angefochtene Entscheid den Stiftungsstatuten oder den Reglementen der Stiftung widerspricht. Der angefochtene Entscheid ist beizulegen.

Allfällige Beweismittel zum Sachverhalt sind vollständig beizulegen; soweit dies nicht möglich ist, sind sie zu bezeichnen.

Art. 13 Aufschiebende Wirkung

Rekurse gegen Nichterneuerung oder Entzug des Gütesiegels durch den Stiftungsrat haben aufschiebende Wirkung.

Art. 14 Rekursantwort

Nach Eingang von Rekurschrift und Kostenvorschuss setzt das Rekursgericht der für den angefochtenen Entscheid verantwortlichen Instanz eine Frist von 30 Tagen für die in dreifacher Ausfertigung einzureichende Rekursantwort.

Allfällige Beweismittel zum Sachverhalt sind der Rekursantwort vollständig beizulegen; soweit dies nicht möglich ist, sind sie zu bezeichnen.
Art. 15  Fristenlauf
Zur Wahrung der Frist genügt die Postaufgabe (eingeschrieben) bzw. für die 
Kautions die Post- oder Bankanweisung am letzten Tage der Frist. Die Über-
mittlung von Rechtsschriften per Telefax oder E-Mail ist nicht fristwahrend.
Fällt der letzte Tag der Frist auf einen Samstag oder Sonntag oder auf einen 
bundesweit oder im Sitzkanton der Rekurrentin anerkannten Feiertag, so 
dendet die Frist am nächsten Arbeitstag.

Art. 16  Fristenstillstand
Alle gemäß diesem Reglement bestehenden oder vom Rekursgericht ver-

Art. 17  Fristerstreckung
Die Frist zur Rekurserhebung und zur Leistung des Kostenvorschusses (Art. 
11 dieses Reglementes) ist nicht erstreckbar.
Die Frist für die Rekursantwort kann vom Präsidenten des Rekursgerichtes 
einmal um max. 30 Tage erstreckt werden, wenn die Geschäftsstelle oder 
der Stiftungsrat gewichtige Gründe geltend machen.
Im Fall eines zusätzlichen Schriftwechsels nach Art. 21 kann der Präsident 
die von ihm gesetzten Fristen ebenfalls aus gewichtigen Gründen einmal er-
strecken.

C.  Weiteres Vorgehen

Art. 18  Bestimmung des weiteren Vorgehens
Erscheint der Rekursfall nach dem ersten Schriftenwechsel nicht als ent-
scheidungsreif, kann der Präsident des Rekursgerichtes weitere Verfahrens-
schritte anordnen.

Art. 19  Zusätzlicher Kostenvorschuss
Je nach bisherigem und voraussehbarem zukünftigen Aufwand des Rekurs-
gerichtes kann der Präsident im Rahmen von Art. 24 von der Rekurrentin 
jederzeit zusätzliche Kostenvorschüsse einfordern unter der Androhung, 
dass bei Nichtleistung auf den Rekurs nicht eingetreten werde.

Art. 20  Beweisverfahren
Das Gericht stützt sich bei der Beurteilung des Sachverhalts in erster Linie 
auf die vorhandenen Akten. Bei Bedarf kann es auch die Parteien einver-
nehmen, freiwillige Auskunftspersonen befragen oder Gutachten anordnen. 
Andere Beweismittel sind nicht zugelassen. In der Würdigung der Beweise 
ist das Gericht frei.

Die Beweisabnahme richtet sich sinngemäß nach den Bestimmungen der 
Art. 36 ff. des Bundesgesetzes über den Bundeszivilprozess (BZP, SR 273).
Art. 21 Zusätzlicher Schriftenwechsel
Ein zweiter Schriftenwechsel kann angeordnet werden, wenn in der Rekursantwort neue Gesichtspunkte vorgetragen wurden.

Art. 22 Mündliche Besprechung mit den Parteien
Der Präsident kann bei Bedarf eine mündliche Besprechung des Rekursgerichtes oder einer Gerichtsdelegation mit den Parteien einberufen.

Art. 23 Erledigung des Rekurses
Hebt das Rekursgericht den angefochtenen Entscheid auf, so entscheidet es selbst, sofern es die Sache nicht gemäss Art. 14 Abs. 1 StS an die Organe der Stiftung zurückweist. Die Entscheidfindung richtet sich nach Art. 7 dieses Reglementes.

Anstelle eines materiellen Entscheides kann das Rekursgericht nach durchgeführter mündlicher Besprechung das Verfahren abschreiben, wenn die Rekurrentin ihren Rekurs zurückzieht oder die Stiftung den Rekurs anerkennt.

IV. Gebührenordnung

Art. 24 Kosten des Rekursverfahrens
Das Rekursgericht erhebt je nach Aufwand des Verfahrens Gebühren zwischen CHF 3'000.-- und CHF 10'000.--.

Die Gebühren decken den Aufwand für die Entschädigung der Gerichtsmitglieder, das Sekretariat und die übrigen Verfahrenskosten.

Ein etwaiges Gutachten wird zusätzlich in Rechnung gestellt.

Art. 25 Kostenverlegung
Die Kosten des Rekursverfahrens werden vom Rekursgericht nach Unterliegen verlegt.

Unnötige Verfahrenskosten werden dem Verursacher auferlegt.

Art. 26 Parteikosten
Die Parteien tragen ihre eigenen Kosten; Parteientschädigungen sind nicht geschuldet.

Von Rekursgericht so beschlossen am 14./24. Juni 2002